LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21405**

14.09.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8498 vom 29. Juli 2026
der Abgeordneten Lisa-Kristin Kapteinat, Thorsten Klute und Rodion Bakum SPD
Drucksache 18/20714

Hitzeunwetter vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 in NRW – was machte Minister Laumann in dieser Zeit?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Nordrhein-Westfalen erlebte in der Zeit vom 18. Juni bis zum 28. Juni 2026 eine Hitzewelle bei der die 40°C-Marke an mehreren Tagen überschritten wurde. Auch die Tagesmittel waren weit überdurchschnittlich. Die zusätzlich fehlende Abkühlung in den Nächten hat diese Hitzewelle zu einem Unwetter gemacht.

Seit dem 18. Juni 2026 gab der Deutsche Wetterdienst Hitzewarnungen heraus. In einer Mitteilung des DWD vom 25. Juni 2026[1] heißt es dann:

„Die aktuelle Hitzewelle ist nicht nur durch ihre Länge und das frühe Auftreten im Sommer außergewöhnlich, für uns Menschen ist auch die Hitzebelastung ungewöhnlich hoch." (…) „Mit seinen Hitzewarnungen ermöglicht der DWD jedem und jeder Einzelnen, aber auch der gesamten Gesellschaft, frühzeitig Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Die Warnungen sind in vielen Bereichen Auslöser für Akutmaßnahmen in Hitzeaktionsplänen, insbesondere mit Blick auf vulnerable Gruppen und kritische Infrastruktur."

Die außergewöhnliche Hitze hatte erhebliche Auswirkungen in NRW. Viele Menschen mussten wegen hitzebedingter Kreislaufprobleme medizinisch versorgt werden. Teilweise mussten sie aus ihren Wohnungen evakuiert werden[2]. Rettungsdienste[3], Krankenhäuser[4], Schulen[5], Kindertagesstätten, Notaufnahmen, Pflegeeinrichtungen und Bestattungsunternehmen[6] waren besonders betroffen; in Nordrhein-Westfalen musste sogar ein Seniorenheim evakuiert werden[7].

[1] https://www.dwd.de/DE/presse/pressemitteilungen/DE/2026/20260625_dwd-warnt-ueber-langen-zeitraum-vor-hitze_news.html
[2] https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/feuerwehr-rettet-sieben-bewusstlose-aus-dachgeschosswohungen-koeln-eingesperrt-in-der-hitze-hoelle-94371987.html
[3] https://www1.wdr.de/nrw/rettungsdienste-hitze-dauereinsatz-nrw-100.html
[4] https://www.bild.de/regional/koeln/hitze-alarm-in-der-notaufnahme-sowas-hatten-wir-hier-noch-nie-6a3feef04f26b24bcf468f48
[5] https://www1.wdr.de/nrw/wetter/schulen-hitze-stress-100.html
[6] https://www.ksta.de/koeln/koeln-bestatter-fordern-krisenplan-wegen-hitzetoten-1325896
[7] https://www1.wdr.de/nrw/duesseldorf/hitze-einsatz-seniorenheim-dormagen-krefeld-100.html

Datum des Originals: 14.09.2026/Ausgegeben: 18.09.2026

Die Hitzewelle hat zu einem deutlichen Anstieg der hitzebedingten Todesfälle geführt. Rund 5.120 hitzebedingte Sterbefälle in Deutschland ermittelte das RKI im bisherigen Sommer bis Ende Juni 2026, wobei der Großteil auf die Hitzewelle Ende Juni zurückzuführen ist. Für NRW geht das Robert Koch-Institut für den Zeitraum bis Ende Juni 2026 von 1.230 Hitzetoten aus, was bereits viermal so viel wie im ganzen Jahr 2025 ist.[8]

Neben der Gesundheit war auch die Verkehrsinfrastruktur von den extremen Temperaturen betroffen. Auf der A 1 und der A 4 kam es wegen der Hitze zu Rissen in der Fahrbahn, flüssiges Bitumen, das die darüberfahrenden Auto- und Lkw-Reifen über Kilometer verteilen und ganze Asphaltstücke, die aus der Fahrbahn gebrochen und von darüberfahrenden Fahrzeugen in die Luft gewirbelt wurden[9]. In der Folge kam es zu Sperrungen und kilometerlangen Staus. Im Schienenverkehr führten Hitzeschäden ebenfalls zu Verspätungen und Zugausfällen[10].

Unmittelbar nach dem Hitze-Wochenende zog NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann am 29.06.2026 noch eine positive Bilanz zum Umgang mit den Extremtemperaturen im Gesundheitssektor: „Soweit wir das zum jetzigen Zeitpunkt über die Berichte aus den Bezirksregierungen beurteilen können, haben sich die Strukturen im Bereich Rettungsdienst, Pflege und Krankenhäuser bewährt“, sagte Laumann der „Rheinischen Post“[11].

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat die Kleine Anfrage 8498 mit Schreiben vom 14. September 2026 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister des Innern beantwortet.

Vorbemerkung der Landesregierung

Hitzeschutz ist eine zentrale Aufgabe für Staat und Gesellschaft, die in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Die Hitzeperiode im vergangenen Juni mit neuen Temperaturrekorden und einer bisher nicht erreichten Anzahl an aufeinanderfolgenden heißen Tagen ohne Nachtabkühlung war eine außergewöhnliche Belastung für die Bevölkerung, die Kommunen und die Strukturen der gesundheitlichen Versorgung. Sie hat einmal mehr vor Augen geführt, wie groß die Aufgaben bei der Anpassung an den Klimawandel sind. Klimaanpassung und damit auch der Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels sind für die Landesregierung keine Frage einzelner Hitzetage oder -wochen. Die Landesregierung handelt bereits seit Jahren kontinuierlich und entschlossen beim Thema Klimaanpassung und Hitzeschutz.
Und das zeigt Wirkung: Nordrhein-Westfalen gehört bundesweit zu den Vorreitern bei Klimaanpassung und Hitzeschutz.

Mit dem bundesweit ersten Klimaanpassungsgesetz von 2021 und der Klimaanpassungsstrategie 2024 hat Nordrhein-Westfalen den grundlegenden Rahmen für Klimaanpassungsmaßnahmen und Hitzeschutz geschaffen. Die ressortübergreifend von allen Ministerien erarbeitete Klimaanpassungsstrategie ist mit 110 konkreten Maßnahmen in 16 Handlungsfeldern auch

[8] https://www1.wdr.de/nrw/hitze-tote-in-nrw-rki-hitzewelle-100.html
[9] https://www.ksta.de/region/rhein-berg/bergisch-gladbach/risse-hitzeschaeden-auf-nagelneuem-abschnitt-der-a4-bei-bergisch-gladbach-1312680
[10] https://nationalexpress.de/unternehmen/presse-news/artikel/aufgrund-extremer-hitze-stellt-national-express-am-samstag-voruebergehend-den-betrieb-saemtlicher-rrx-linien-ein
[11] https://rp-online.de/politik/deutschland/wie-die-hitzewelle-pflegeheime-und-krankenhaeuser-belastet_aid-150478695

zum Hitzeschutz das aktuell umfangreichste Instrument zur Anpassung an die Klimafolgen. Bis 2029 werden diese Maßnahmen umgesetzt und einem regelmäßigen Monitoring unterzogen.

Ebenfalls als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst explizit die Folgen des Klimawandels aufgenommen und damit klar zum Ausdruck gebracht, dass ein moderner und zukunftsfähiger Gesundheitsschutz nicht mehr ohne ein gesundheitsbezogenes Klimafolgenmanagement auskommt. Vorangegangen war bereits in 2022 die gemeinsame Erklärung der Landesgesundheitskonferenz zu „Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz“. Für eine effizientere Bewältigung von gesundheitlichen Herausforderungen wie Pandemien und Gefahren durch Hitze hat die Landesregierung zu deren Vorbeugung im Jahr 2025 das Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW) gegründet.

Bereits im Jahr 2023 hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) das Zentrale Netzwerk für gesundheitsbezogenen Hitzeschutz (ZNGH NRW) einberufen, das die Kommunen und Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich mit praktischen Angeboten bei der eigenverantwortlichen Hitzeaktionsplanung vor Ort unterstützt.
Das breitgefächerte Instrumentarium wird über die Landeskoordinierungsstelle für gesundheitsbezogenen Hitzeschutz am LfGA NRW bereitgestellt. Zudem bietet das MAGS mit praxisnahen, kostenlosen Arbeitshilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zielgerichtet Unterstützung für den Schutz vulnerabler Gruppen. Darüber hinaus stellt das Land den Krankenhäusern insgesamt 1,52 Milliarden Euro in den Jahren 2023 bis 2035 für Klimaanpassungsmaßnahmen zur Verfügung.

Da effektiver Hitzeschutz nur gemeinsam gelingen kann, unterstützt das Land die Kommunen zudem mit umfangreichen Förderprogrammen wie „Klimaanpassung.Kommunen.NRW“, „Klimaanpassung im Rheinischen Revier“ oder dem Bund-Länder-Programm Städtebauförderung auch finanziell bei der Umsetzung konkreter Klimaanpassungsmaßnahmen. Auch für Unternehmen stellt das Land Fördermittel im EFRE-Förderaufruf „Klimaanpassung.Unternehmen.NRW“ und über die öffentliche Wohnraumförderung bereit, damit diese an ihren Gebäuden oder auf ihren Liegenschaften Klimaanpassungsmaßnahmen durchführen können.

Darüber hinaus enthält die Novelle des Klimaanpassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, die sich aktuell im parlamentarischen Verfahren befindet, die Voraussetzungen für kommunale Klimaanpassungskonzepte, mit denen die Kommunen vor Ort künftig Klimarisiken systematisch erfassen und bewerten und entsprechend gezielt handeln können. Für die Erstellung dieser Konzepte stellt die Landesregierung den Kommunen 20 Millionen Euro bereit. Mit dem Klimaatlas NRW stellt das Land außerdem wissenschaftlich fundierte Daten, Karten und Analysen zur Verfügung, die Kommunen dabei helfen, Risiken zu bewerten und passgenaue Maßnahmen zu entwickeln. Die neue Klimaanalyse 2026 zeigt nicht nur, wo es besonders heiß wird, sondern auch, wo Menschen leben, die gegenüber Hitze besonders empfindlich sind, und ist somit eine wichtige Grundlage für die Steuerung der Siedlungsflächen- und Freiraumentwicklung in der Stadt- und Regionalplanung.

Die Landesregierung unterzieht ihre Programme und Maßnahmen im Bereich von Klimaanpassung und Hitzeschutz einer permanenten Evaluierung und steht zu diesen Themen kontinuierlich miteinander im Austausch.

Die Auswirkungen der extremen Hitzewelle Ende Juni 2026 werden derzeit analysiert und bewertet. Hierzu haben bereits verschiedenste Gespräche mit Akteuren aus Pflege, Gesundheit und Eingliederungshilfe sowie eine Onlinebefragung unter den Mitgliedern des ZNGH NRW

stattgefunden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden eingesetzt, um die gesundheitsbezogene Hitzevorsorge in Nordrhein-Westfalen noch resilienter aufzustellen.

Zudem hat das Kabinett am 2. September 2026 weitere Maßnahmen zum Schutz vor Hitze in Krankenhäusern und Einrichtungen der Pflege sowie zur Einstellung von Gesundheitsmanagern in Kommunen beschlossen.

1. Mit wem hat sich Minister Laumann in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 über die Herausforderungen während des Hitzeunwetters bzw. über seine Folgen, insbesondere auf Rettungsdienste, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, ausgetauscht? (bitte einzeln auflisten nach Datum, Inhalt, Ort und Dauer des Austausches)

Anlässlich der anhaltend hohen Temperaturen und der Wettervorhersage für das Wochenende vom 27. und 28. Juni fand am 25. Juni 2026 eine telefonische Lagebesprechung mit Herrn Staatssekretär Heidmeier und den Abteilungsleitungen des MAGS statt. An dem Gespräch war außerdem die Präsidentin des LfGA NRW, Frau Dr. Gurlit, beteiligt. In den darauffolgenden Tagen fanden fortlaufend Gespräche zwischen dem Staatssekretär, dem Ministerbüro, dem LfGA NRW, den zuständigen Abteilungsleitungen und mir statt. Darüber hinaus haben im Zuge der fortlaufenden Lageerfassung weitere Gespräche zwischen Vertretungen des MAGS, dem Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM), Herrn Prof. Dr. Lechtleuthner (Leiter des Single Point of Contact Nordrhein-Westfalen des Kleeblatts West, SPOC NRW) und den Bezirksregierungen stattgefunden. Darüber hinaus stand das MAGS im Austausch mit der Staatskanzlei.

2. Welche Maßnahmen wurden durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 im Zusammenhang mit dem Hitzeunwetter veranlasst? (bitte einzeln auflisten nach Datum und Inhalt)

Am 27. Juni 2026 wurde über das Lagezentrum der Landesregierung ein aktuelles Lagebild für den Bereich Rettungsdienst, Krankenhausversorgung und Pflegeeinrichtungen aus den Bezirksregierungen für den 27. Juni 2026 sowie ein Nachbericht am 28. Juni 2026 angefordert. Die Bezirksregierungen wurden gebeten zu berichten, ob und in welchem Umfang eine Überlastungssituation bestand, welche Maßnahmen in den betroffenen Kommunen und Einrichtungen ergriffen worden waren, welche Patientengruppen in den Notaufnahmen schwerpunktmäßig hitzebedingt versorgt wurden und ob beziehungsweise welcher übergeordnete Handlungs- oder Unterstützungsbedarf bestand.

Die Meldungen der Träger des Rettungsdienstes über Beeinträchtigungen in der Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung wurden noch am Wochenende des 27. und 28. Juni 2026 gesichtet. Außerdem wurde der Leiter des SPOC NRW, Prof. Dr. Lechleuthner, gebeten, die Lage in Nordrhein-Westfalen zu bewerten (siehe Antwort auf Frage 1). Zur Bewertung der Lage in den Krankenhäusern wurde zusätzlich eine Auswertung des Systems IG.NRW/MediRIG vorgenommen.

Die in den nachfolgenden Antworten auf die Fragen 3 und 4 dargestellten Berichte zeigten Überlastungssituationen in einzelnen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in einigen Regionen. Aus rettungsdienstlicher Sicht gab es ein Mehraufkommen an Einsätzen mit regionalen Betroffenheitsschwerpunkten. Ein übergeordneter Handlungs-/Unterstützungsbedarf, z.B. durch überregionale Verlegungen über den SPOC NRW oder im Bereich der Pflegeeinrichtungen und des Rettungsdiensts, wurde nicht gemeldet. Es wird auf den Bericht „Auswirkungen

der aktuellen Hitzewelle auf Rettungsdienst, Krankenhäuser und Pflege“ vom 30. Juni 2026 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (LT-Vorlage 18/5263) verwiesen.

Zur langfristigen Vorbereitung des gesundheitsbezogenen Hitzeschutzes und zur Nachbearbeitung der Ereignisse wird auf die Vorbemerkung verwiesen. In der Zeit vom 18. bis 28. Juni 2026 wurden zudem Social-Media-Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem LfGA NRW anlässlich des bundesweiten Hitzeaktionstags am 11. Juni 2026 und darüber hinaus umgesetzt.

Im Übrigen wird auf die nachfolgenden Antworten auf die Fragen 3 und 4 verwiesen.

3. Wann lagen dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Berichte aus den Bezirksregierungen, insbesondere zur Lage in den Bereichen Rettungsdienste, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 vor? (bitte einzeln auflisten nach Datum und Inhalt)

Am 27. Juni 2026 ging ein erster Bericht der Bezirksregierung Köln zur Überlastungssituation in Krankenhäusern aufgrund von Hitze ein. Eine erste landesweite Lageübersicht auf Grundlage der Anforderung vom 27. Juni 2026 aus allen Bezirksregierungen lag am Abend des 27. Juni 2026 vor. Am 28. Juni 2026 wurde nachberichtet. Sofern die Lageberichte der Bezirksregierungen auf Grund des Erlasses des IM zur Landeslage „Unwetter“ Informationen zu Gesundheitseinrichtungen enthielten, wurden diese ab dem Morgen des 28. Juni 2026 ebenfalls an das MAGS gesteuert.

4. Wann lagen dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Berichte aus Einrichtungen, insbesondere Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, oder aus den Kommunen zur Lage im Zusammenhang mit dem Hitzeunwetter in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 vor? (bitte einzeln auflisten nach Datum und Inhalt)

Am 19. Juni 2026 erfolgte eine Sofort- und Schlussmeldung der Leitstelle der Stadt Köln über einen einstündigen Ausfall eines Trafos im Krankenhaus Porz durch Überhitzung nach Sonneneinstrahlung. Die Leitstelle Wuppertal berichtete am 25. Juni 2026 von präventiven Hitzeschutzmaßnahmen mit Blick auf vulnerable Gruppen im Stadtgebiet.

Konkrete Meldungen aus den Leitstellen über hitzebedingte Lagesituationen in Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung gingen ab dem 27. Juni 2026 ein. In den Morgenstunden wurden Überhitzungen aus einer Einrichtung der stationären Pflege in Krefeld sowie einer Einrichtung aus Dormagen gemeldet. Ab dem Nachmittag des 27. Juni 2026 gingen erste Meldungen der Leitstellen zu steigenden Patientenzahlen und Überlastungen in einzelnen Krankenhäusern und in Bezug auf den Rettungsdienst ein. Betroffen waren einzelne Krankenhäuser bzw. der Rettungsdienst in Leverkusen, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis und im Oberbergischen Kreis. Im Verlauf des 28. Juni 2026 gingen weitere Meldungen über Auslastungen von Rettungsdienst und Krankenhäusern aus den Leitstellen Köln, Kreis Mettmann, Rhein-Sieg-Kreis, Aachen, Dortmund, Münster, Leverkusen und dem Oberbergischen Kreis ein.

Am 28. Juni 2026 lag dem MAGS ein Lagebericht des SPOC NRW zur Lage in Krankenhäusern vor. In den Morgenstunden des 29. Juni 2026 gingen erste Meldungen über eine Entspannung der Lage ein. Die Leitstellen von Leverkusen und Köln berichteten jedoch weiterhin von einer angespannten Lage vor Ort.

Am 28. Juni 2026 erfolgte eine WE-Meldung der Polizei über eine Häufung von Todesfällen mit ungeklärter Ursache in Köln und Leverkusen. Diese bezog sich ganz überwiegend auf Fälle, bei denen die Polizei zu Privatwohnungen gerufen wurden, aber auch allgemein auf Meldungen, die Krankenhäuser abgaben.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung und die Antwort auf Frage 2 verwiesen.

5. Gab es vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 Presseanfragen an Herrn Minister Laumann zu dem Hitzeunwetter? (bitte einzeln aufzählen unter Angabe der Fragen, der Antworten bzw. dem Hinweis, welche Presseanfragen nicht beantwortet wurden)

Vom 18. bis zum 28. Juni 2026 gab es eine einstellige Zahl an Presseanfragen an mein Haus und mich. Diese wurden allesamt beantwortet – entweder noch am selben Tag oder einen Tag später.